

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 92 (1998)
Heft: 1

Artikel: Es wird die einfachen Lösungen nie mehr geben
Autor: Steiger, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-144085>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Es wird die einfachen Lösungen nie mehr geben

Wo die Fragen sich häufen, da helfen – manchmal – Bücher. Zum dritten Mal stellt Hans Steiger für die Neuen Wege ihm wichtige Elemente aus Lektüren eines Jahres in den Zusammenhang mit politischen Trends, die nicht nur ihn aufwühlen und berühren (vgl. NW 1996, S. 150ff.; 1997, S. 40ff.). Es finden sich darin Lesetips für Menschen, denen die Diskussion von Grundwerten linker Politik so wichtig ist wie der Punktegewinn bei Wahlen. Dass das eine dem andern aktuell im Weg stehen könnte, muss wahrscheinlich im Interesse der langfristigen Glaubwürdigkeit in Kauf genommen werden. Wenn das einfache Antworten auf komplexe Probleme schwieriger wird, könnte schon viel erreicht sein.
Red.

«Das Existenzmaximum»

Sie war als Neuerscheinung erst angekündigt, die kombiniert ökologisch-ökonomische Skizze für eine zukunftsfähige Schweiz, welche die «Erklärung von Bern» mit Unterstützung von weiteren Organisationen zur *Konkretisierung der globalen Nachhaltigkeitspostulate* aus dem *Rio-Paket* von 1992 in Auftrag gegeben hatte. Als «ein Lesebuch für alle, die am sozialen Ausgleich und an der Erhaltung der natürlichen Ressourcen interessiert sind». Hoffnungsvoll und skeptisch zugleich setzte ich «Das Existenzmaximum» an den Schluss meines letzten Literaturberichtes, der thematisch verwandte Publikationen vor allem aus Deutschland im Zentrum hatte: «Wird der Anstoss wahrgenommen? Werden sich Foren für die Debatte finden? Oder ist es einfach wieder ein gutgemeintes Buch mehr?»

Die doppelte Enttäuschung überrascht nicht: Erstens hat *Ökologie* als öffentliches Thema weiter an *Bedeutung verloren*. Zweitens ist das Buch selbst spürbar von der veränderten Stimmungslage angekränkt. Die knapperen Mittel, aber wohl auch ein gebrochener Schwung lassen es weniger animierend erscheinen als das Modell für ein «Zukunftsfähiges Deutschland». Dass ein *weltweit verantwortbares Han-*

deln unter dem Strich kaum weniger Lebensqualität heisst, wird dennoch klar. Es sind offene Grenzen des Wohlstands, welche *Anna Sax* und ihre Kollegen skizzieren, die Alternativen zu Verschleisswirtschaft und Konsumwut sind nicht grau, sondern bunt: «Zwischen Armut und materiellem Überfluss gibt es Raum für viele unterschiedliche Lebensweisen.»

Daten und Fakten zur Lage

Bei ausdrücklich globalem Ansatz wird der *Einbezug späterer Generationen* in unser Denken verlangt. Das bedeutet für die Gegenwart zwar nicht Askese, aber «ohne einschneidende Veränderungen im Lebensstil zumindest des reichsten Viertels der Menschheit lässt sich unsere gemeinsame Zukunft nicht sichern». Das schmale Buch liefert dazu Daten und Fakten. So beansprucht das nördliche Fünftel der Weltbevölkerung rund vier Fünftel der ausgebeuteten natürlichen Ressourcen für sich und ist verantwortlich für zwei Drittel der Emissionen des Treibhausgases Kohlendioxid. Das von Schweizerinnen und Schweizern verbrauchte Flugbenzin pro Kopf und Tag wurde 1995 auf 500 Gramm berechnet. Das waren erneut 5,4 Prozent mehr als im Vorjahr. Falls der Flug nach Kenia geht, wo 99 Prozent der Bevölke-

rung ohne Auto leben, drängt sich folgendes Zitat auf: «Der achtköpfige kenianische Haushalt verbraucht insgesamt 15mal weniger Energie als der 2-Personen-Haushalt in der Schweiz.» Mobilität ist dabei ein zentraler Faktor.

Themenwechsel. *Zu viele Flüchtlinge?* Als es 0,4 beziehungsweise 0,6 Prozent der Gesamtbevölkerung in der Schweiz und in Deutschland waren, kamen Aserbaidschan und Liberia auf 3,5 und 3,9 Prozent. Und das sind bei weitem nicht die höchsten Säulen der Grafik. 28,3 Prozent sind es in Jordanien. Denn die für sie schwerer zu gewichtende Hauptlast «tragen arme Länder, während ihr Anteil in den reichen Ländern unter einem Prozent bleibt». Auch was eigentlich bekannt ist, kann erschrecken.

Anderweitig beschäftigt ...

Aber unser Land, unsere Medien waren in jenen Wochen und Monaten vollauf *mit Vergangenheit* beschäftigt. Sie zu bewältigen – oder eben nicht – ist für die jetzt debattierenden Generationen leichter. Hier lassen sich harte Urteile fällen; wir waren ja nicht schuld, und zu ändern ist im nachhinein wenig. Wogegen die Sache mit der Ausbeutung, dem Unrecht, den Zerstörungen und Verfolgungen *im letzten Jahrzehnt dieses Jahrtausends...* Von der laufenden Ausweitung des internationalen Handels profitieren reiche Länder, die fast 80 Prozent ihres Aussenhandels untereinander abwickeln. Die ärmsten bleiben als abhängige Zulieferer im Nachteil, sollten sinkende Erlöse mit stets steigender Produktion ausgleichen, «und für jeden Entwicklungsfranken fließen mindestens sechs Franken als Fluchtgeld auf Schweizer Bankkonten zurück». Kein historischer Stoff.

Anna Sax als Mitautorin der Studie zum «Existenzmaximum» bestätigte auf Anfrage meinen Eindruck, dass ihr publizistischer Aufruf zur aktuellen politischen Debatte praktisch ohne Echo blieb. Zwar hätten Medien wie «Weltwoche» oder das Schweizer Fernsehen im Vorfeld grössere Berichte ins Auge gefasst, dann aber fallengelassen. «Interessiert nicht.» Trotzdem sei

der Verlag mit dem Verkauf zufrieden. Irgendwo beschäftigen sich also doch noch Menschen mit dem Thema, das für die Bühne nicht mehr taugt, weil es von anderen Fragestellungen abgelöst wurde. Existenzmaximum? Ist denn heute in der Schweiz nicht für viele das *Existenzminimum* in Gefahr?

Neues von Genosse Strahm

Auch dazu hat der gleiche Verlag jetzt das *passende Buch*. Das neue von Rudolf H. Strahm. Propagiert wird es nicht unbescheiden als «gegenwärtig das einzige, welches das Grundwissen zur Schweizer Wirtschaft im Zeichen der Globalisierung umfassend und verständlich darstellt». Tatsächlich bestätigt der leidenschaftliche Statistiker, Nationalrat und Nationalökonom mit über hundert Grafiken recht plastisch, wie und in welcher Richtung sich Gesellschaft und Wirtschaft bewegen. Partiiell wird gleich erklärt, was politisch bewegt werden müsste, um bedenkliche Trends zu korrigieren. Dass nämlich «Selbstheilungskräfte des Marktes die Beschäftigungs- und Sozialprobleme der Gegenwart von selbst lösen», ist für Strahm «ein grosser Irrtum der aktuellen Wirtschaftspolitik». Allerdings haben für den SP-Mann auch «sozialistische Rezepte unter den Bedingungen der Globalisierung keine Gültigkeit mehr».

Gemäss dem komplexen Ursachenbild, so hält der Autor etwa zur *Arbeitslosigkeit* fest, müsse eine differenzierte Massnahmenbeurteilung folgen. Dem entsprechen leider viele Kapitel, speziell die Kapitelüberschriften, nur bedingt. Beispiel: «Wie es zur Krise kam – Konjunkturpolitik». Werden da nicht «strukturelle Schwächen und weltwirtschaftliche Anpassungszwänge», die im Text neben konjunkturelle Ursachen gestellt sind, mit der Absicht des Vereinfachens unter den Tisch gewischt? Ist's bewusste Gewichtung, ein vorweggenommener Kommentar?

Die subtile Beeinflussung beginnt schon beim Titel des Buches: «*Arbeit und Sozialstaat sind zu retten*». Punkt. Mit seiner

Gewissheit mag das für die Leserinnen und Leser der plakativen Verlagsinserate im Kontrast zu täglichen Medienberichten wohltuend wirken. Bei weitem nicht alle werden das Werk bestellen und dort das *Kleingedruckte* zur Kenntnis nehmen. Dieses enthält einige Aber und Wenn. Auch vom engagierten Drittweltexperten und politisch exponierten Naturfreund Strahm sind dort Spuren zu entdecken. Denkt er, diese Aspekte habe er uns schon deutlich genug aufgezeigt, früher?

Plädoyer für Wachstum

Umso mehr macht Mühe, wie leicht er sie nun gewichtet. *Hauptparole* dieses Buches ist Wachstum. Zwei der fetten Grafiküberschriften mögen für viele stehen: «Wirtschaftswachstum erleichtert zukünftige Finanzierung der AHV», «Der Sozialstaat stützt und stabilisiert die Kaufkraft und die Konjunktur». Ein anderes System? Natürlich gibt es «unzählige gute und bestechende Weltentwürfe». Hannah Arendt, André Gorz, Hans Ruh, Peter Ulrich und deren Werke sind erwähnt; kein Umdenken ohne sie. «Doch fehlt den meisten fundamentalen Konzepten die praktische Umsetzung in die Wirtschaftswirklichkeit.» Alles nicht so einfach. Und wir stehen unter Wettbewerbsdruck. Die «grosse Umverteilung» von Arbeit nach ethischen Kriterien ist visionär, «ermangelt aber solider Vorstellungen über die Finanzierung bzw. den Einkommensverzicht».

Wer dieses Buch kauft, bekommt also neben der Information zur ökonomischen und sozialen Lage im Land keine Höhenflüge, sondern ein *Kompendium pragmatischer SPS-Politik* in die Hand. Da lässt sich hinten auch einmal vergessen, was vorne dokumentiert ist: «Wirtschaftsprognosen aller Konjunkturforscher waren verfehlt». Es beruhigt jetzt der Fachmann: «1,3 Prozent Wirtschaftswachstum pro Jahr auf lange Sicht halten wir prognostisch für vertretbar, weder zu optimistisch noch zu pessimistisch.» Gern will ich annehmen, solches sei immer *nachhaltig* gemeint. «Bauland zur Genüge vorhanden», «Massnahmen zur

Baulandverflüssigung», gegen Hortung und Nichterschliessung? Nicht zuviel fragen.

Wahlinserate der SP Zürich verkündeten gegen Jahresende in zwei Zentimeter hohen Lettern: «Wir sind Partei für Wirtschaftswachstum. Aber für alle.» Und weil *Elmar Ledergerber*, hier Stadtratskandidat, ehemals mehr als Ökologe gehandelt wurde, sind «Investitionen in zukunftssträchtige Branchen wie die Umwelttechnologie» erwähnt. Ob das von Ledergerber mit Ex-Parlamentskollege Bodenmann privat im Industriequartier geplante 80-Millionen-Projekt, inklusive Läden, Büros und Hotel, dem entspricht, weiss ich nicht. Es fehlt im Text. Und die nächste Anzeige, wo eine Mitbewerberin des nun noch grösser geschriebenen Elmar «auf Deine Erfahrungen als Unternehmer und Wirtschaftsexperte» zählt, legt das Gewicht auf «möglichst schnell». 15 000 Erwerbslose warten. «Stell Dir vor, was wir zusammen für Zürich alles in Bewegung setzen werden!»

Entschleunigung? Genügsamkeit?

Lassen wir solches aus Distanz kommentieren: «Übersteigerung der ökonomischen Komponente des Gemeinwohls vom Dienstwert zum überragenden Eigenwert, Unterordnung oder Verdrängung aller anderen Lebens- und Sachbereiche.» *Heinz Rapp*, Mitglied der SPD-Grundwertekommission, vermerkt die Tendenz in einem Buch zum 70. Geburtstag von *Erhard Eppeler* ziemlich bitter. Wirtschaftswachstum als Staatszweck, das «Mehr und Mehr und Mehr». Von der Ökologie ausgehende Überlegungen zur Entschleunigung und für eine vernünftige Genügsamkeit, letzteres durchaus durch «christliche Weltverantwortung» gestützt, seien aus den deutschen C-Parteien mit Häme überschüttet worden. Aber auch die Sozialdemokratie habe solche Denkanstösse kaum aufgenommen. Dass sie nie Thema einer echten Auseinandersetzung zwischen Parteien wurden, erstaunt den Bankfachmann wenig. Er war von 1972 bis 1987 im Bundestag: «Man kann ein Dutzend Jahre in einem deutschen Parlament sitzen und hat vielleicht ein hal-

bes Dutzend dialogischer Situationen erlebt.»

Eppler treibt denn auch die Sorge um, heisst es im Vorwort, «dass sich die Politik den ihr gestellten Herausforderungen nicht gewachsen zeigen könnte». Meist sind es immerhin Politiker selbst, auch einzelne Politikerinnen, die sich in diesem Sammelband zu seinen Ehren den Zukunftsfragen stellen. Dazu kommen Leute der Wissenschaft. Die zehn Thesen zur *Wirtschaftsethik* gegen Schluss des Buches stammen von einem Theologen. Für ihn, *Wolfgang Huber*, sind generell nur noch Formen gesellschaftlichen Handelns vertretbar, «die wirtschaftsverträglich, umweltverträglich, sozialverträglich und kulturverträglich zugleich sind». Rund vierzig Beiträge, darunter von *Heiner Geissler*, dem CDU-Mann, von *Ulrich Beck*, *Ernst Ulrich von Weizsäcker*, machen ausreichend klar, was das heisst.

Folgen politischer Verdrängung

Michael Müller zitiert im letzten Text einen Schlüsselsatz aus dem von Erhard Eppler stark mitgeprägten *Grundsatzprogramm der SPD*, nach dem «die Verlängerung der Gegenwart keine Zukunft mehr ergibt». Dass dies 1989 nicht nur eine Floskel war, zeige sich nun. Mit der *Globalisierung* kommen «die verdrängten Folgen des westlich-industriellen Wachstumsmodells» in die Zentren Europas zurück. Es taugen die alten Antworten nicht mehr. Oberflächlichkeiten führen zu nichts, und das mediengerechte Tun-als-Ob «vergrössert die Distanz und das Misstrauen gegenüber der Politik noch weiter».

Herta Däubler-Gmelin, im Gegensatz zu Eppler an der Parteispitze verblieben, zitiert nicht nur seine Kritik am fehlenden Mut, der «Wertvergessenheit und Machtversessenheit» der Bonner Regierungspolitik. Ebenso bedenklich ist das Bild der Opposition in der Öffentlichkeit. Heute sei «schlicht aus deren Bewusstsein verdrängt, was die Existenzberechtigung, das Spezifische und damit zugleich die politische Kraft sozialdemokratischer Politik überhaupt ausmacht». Erhaltung der *natürli-*

chen Lebensgrundlagen und «die deshalb nötige schnelle Änderung unserer Lebens- und Wirtschaftsweise» gehören für sie dazu. Eine solchen Grundwerten verpflichtete Politik träfe auf grossen Bedarf. Nicht zufällig gelte die SPD vielen als «rückwärtsgewandte Fortschrittspartei», während *kommunitaristische Strömungen* infolge der amerikanischen Mischung aus Individualismus und Kapitalismus weltweit an Bedeutung gewinnen würden.

Chancen für einen Sozialismus?

Ähnliches hörte ich an einer regionalen Mitgliederversammlung der hiesigen SP von *Willy Spieler*. «Was kommt nach dem Kapitalismus?» war ihm auf der Einladung als Frage gestellt. Sie interessierte offensichtlich. Jedenfalls konnte der Leiter des Abends einen Besuch «über dem Durchschnitt» konstatieren. Er habe den Publizisten, welcher die Zeitschrift der religiös-sozialistischen Vereinigung redigiere, um ein Votum zum Einstieg ins Thema gebeten, weil dieser für ihn unter den Linken einer von denen wäre, die «drauskommen». Dass der Termin mit dem 80. Jahrestag der Revolution in Russland zusammenfalle, sei Zufall...

Die russische Oktoberrevolution war für ihn wie für die Sozialdemokratische Partei der Schweiz nie wegweisend, stellte der Referent zu diesem Stichwort fest. Und wenn im Titel der Veranstaltung gefragt werde, ob der Sozialismus «eine weitere Chance» bekäme, laute seine Gegenfrage: Hat er denn je eine gehabt? Vielleicht im Prager Frühling, vielleicht in Chile zur Zeit eines Salvador Allende. Hier wie dort wurden Ansätze zu einem *demokratischen Sozialismus* zerstört, mit Gewalt. Für die heutige Welt bleibt dieser ein uneingelöstes Versprechen, die Vision einer anderen Gesellschaft.

Dass es die sozialistische Idee als utopisches Bild für eine *Alternative zum globalen Kapitalismus* braucht, ist für Spieler sicher, so geschwächt sie im Augenblick sein mag. Ihm scheint, auf die Begrüssung anspielend, zur Zeit kämen wir alle nicht

mehr ganz draus. «Umso notwendiger ist es, nach Grundwerten zu fragen.» Dazu gehört auch die Frage nach den *Motivationen*, sich politisch zu engagieren.

Ursula Koch erklärt sich erfreulicherweise für die überfällige Debatte offen, ja sie sieht hier als neue SPS-Präsidentin eine zentrale Aufgabe und will die interne Bildung in diesem Sinne fördern. Aus dem Echo in vielen Parteisektionen wird für Willy Spieler deutlich, dass Bereitschaft dafür vorhanden ist. Er sieht keinen Grund, sich vor politischer Lähmung durch Auseinandersetzung mit Grundsätzlichem zu fürchten: «Auch pragmatisches Handeln setzt Standpunkte voraus.»

Auch selbstkritische Fragen

Der grösste Teil jenes Abends wurde durch Fragen und Meinungen von Mitgliedern und Gästen bestimmt. Führt der nun im eigenen Lande wachsende Leidensdruck zu einer *solidarischeren Gesellschaft*? Ansätze dafür wurden genannt, das erfolgreiche Referendum einer Gruppe von Arbeitslosen aus der Westschweiz, aber auch offensichtliche Gegentrends mit mehr Egoismus und Vereinzelung.

Und wie ist Solidarität umzusetzen? Wer kümmert sich um einzelne Opfer? Die konkrete Erfahrung eines Lehrers klang alarmierend. Arbeitslosigkeit nimmt gerade den jungen Menschen jede Zukunftshoffnung. Arbeit kann aber «auch eine Destruktivkraft sein». Waffen, Autobahnen, Gentechnologie wurden genannt. Wenn das Postulat der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen konsequent an Grundwerten gemessen wird, gibt es Komplikationen. Notwendig wäre mehr «*alternative Wirtschaftskompetenz*», auch als konkrete Hilfestellung zum ökologischen Einkaufen, zum drittweltverträglichen Konsum, für einen verantwortlichen Umgang mit Geld...

Kann eine politische Partei das leisten? Überfordert sie mit diesem Hinterfragen nicht sich selbst, ihre Wählerinnen und Wähler? Ein anwesender Historiker sprach das alte Problem des *Verbalradikalismus* an. Rhetorik auf der einen Seite, angepasst-

tes Handeln auf der andern. So lassen sich auch Grundwerte missbrauchen. Der jüngste Teilnehmer der Versammlung äusserte Zweifel, wie weit Idealismus und Pragmatismus in einer Organisation überhaupt zu mischen sind. Schliesslich standen mehr Fragen im Raum als zu Beginn.

Mehr als Nationalökonomie

Wen das Bündel aufgeworfener Probleme nicht loslässt, kommt ohne Bücher zur Fundierung kaum aus. Wenigstens zu Strahm ergänzend «Globale Trends», herausgegeben durch die von Willy Brandt mitbegründete «Stiftung Entwicklung und Frieden». Grafiken auch hier, aber dazu mehr und breiter angelegte Texte. Der enge Rahmen der Nationalökonomie ist gesprengt. Ebenso die klassische Sicht von Politik. Nur «im Zusammenwirken von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren von der lokalen bis zur globalen Ebene» sind *Modelle von Global Governance* denkbar. Kurz zu Stichworten von vorher: «Die Wachstumstrends der vergangenen drei Jahrzehnte lassen erwarten, dass sich die alte Trennungslinie zwischen Nord und Süd zunehmend auflösen wird – bei gleichzeitiger Verschärfung der sozialen Gegensätze in der Weltgesellschaft.»

Wer noch auf schützende Trennungslinien hofft, sollte sich einem Reader über *Migrationsströme* stellen, den die Beck'sche Reihe vorlegt. Er enthält Einzelstudien zu jenen Weltregionen, von denen diese vor allem ausgehen. Und in denen sie notabene in erster Linie bleiben. Es sind nach wie vor arme Länder, bei denen aus armen Ländern fliehende Menschen in der Mehrzahl stranden. Doch der Druck wird zunehmen, stellt Peter J. Opitz als Herausgeber des Bandes in seiner Übersicht ohne jedes Fragezeichen fest: «Nichts deutet darauf hin, dass sich auch nur eine der Ursachen, die den Flucht- und Migrationsbewegungen zugrunde liegen, in absehbarer Zeit wesentlich entschärfen oder gar beseitigen lässt – wie dies Politiker angesichts der Furcht vor weiteren Zuwanderungen optimistisch, aber völlig realitätsfern behaupten.»

Was tun? Auch da bleibt der Professor für Politische Wissenschaft nüchtern. Er sieht keine einfachen Lösungswege. Weder durch eine grosszügigere Einwanderungspolitik noch, sinnvoller, durch Einzelhilfe in den Krisengebieten. Nur regional und international koordinierte Strategien zur *Ursachenbekämpfung auf globaler Ebene* brächten signifikante Wirkungen. Sie wurden im Umfeld der UN-Weltkonferenzen von 1992 und 1994 angedeutet, «ohne erkennbare Fortschritte» bis heute. Das jüngste Debakel der Klimakonferenz von Kioto ist hier noch nicht bilanziert. Opitz lässt aber keinen Zweifel, dass eine nachhaltige Verringerung der Flucht- und Migrationsbewegungen «mehr als nur erhebliche wirtschaftliche Opfer zugunsten der Armen dieser Welt» verlangt, nämlich «die Bereitschaft zu einer grundlegenden Umstellung der während der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts entwickelten Konsumgewohnheiten und Lebensstile, Wertsysteme und Produktionsweisen, die zur Übernutzung knapper werdender Ressourcen wie zur Überforderung einer schon heute in vielen Bereichen überlasteten Umwelt geführt haben». Ohne *Wende bei uns* sind Ermahnungen an die Adresse anderer müssig; sie finden «allein schon aus Gründen fehlender Glaubwürdigkeit» kein Gehör.

Eine fortgesetzte Umweltzerstörung aber zwingt wiederum massenhaft Menschen zum «*globalen Marsch*». In der ökologischen Dimension sind wir unwiderruflich miteinander verknüpft: «Nur Narren glauben noch, dass wir uns werden abschotten können.»

Was bleibt an Gemeinschaft?

Anspruchsvolle, auf weiten Strecken aber auch fesselnde Lektüre hat vor sich, wer Zeit für zwei kompakte Bände aus einem Forschungsvorhaben findet, welches präzise solchen *Trends* nachgeht. «Was treibt die Gesellschaft auseinander?» – dies die Titelfrage des ersten. Von der Arbeitswelt zieht sich der Bogen fundierter Analysen über politische Partizipation, Soziales, Kirche, Familie bis zur Entwicklung der

Städte. Freizeitverhalten, Medien, Mobilität, neue Religionen, Normenpluralität sind weitere Themen. Dass der zweite Teil deutlich dünner ist, kann kein Zufall sein: «Was hält die Gesellschaft zusammen?» ...

Der zunehmenden *Ethnisierung sozialer Konflikte* gilt durchgehend ein besonderes Augenmerk, denn Auftraggeber der Arbeiten war das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld. Ausgangspunkt sind dort schon seit Jahren betriebene Studien zu Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Dabei erwies sich gemäss dem Herausgeber die *gesellschaftliche Desintegration* als Schlüsselbegriff. *Wilhelm Heitmeyer* ist überzeugt, dass «weitreichende individuelle, soziale und politische Beeinträchtigungen und Beschädigungen» jetzt endlich auf die Tagesordnung müssen, «allen angestrebten Verdrängungsbemühungen zum Trotz». Nur dann wäre den im Ausmass unberechenbaren Folgen der rasanten Internationalisierungs- und Globalisierungsschübe verantwortlich zu begegnen.

Von der Armut im Wohlstand

Von den Einzelbeiträgen verdienen viele eine ausführliche Rezension. Herausgegriffen sei die Betrachtung von *Hans Hartwig Bohle* über «Armut trotz Wohlstand». Ausgehend von den Theorien zu *Anomie und Neuintegration* einer Gesellschaft im Umbruch, welche Emile Durkheim vor hundert Jahren entwickelte, wird subtil aufgezeigt, wie differenziert heute die Situation verschiedener Gruppen in ihren je unterschiedlichen Umfeldern ist, aber mit weltweit denselben Wohlstandsbildern vor Augen. Bei uns hat «die gegenwärtige Armut mit dem Massenelend früherer Zeiten kaum etwas gemeinsam und bewegt sich in der Regel deutlich oberhalb eines physischen Existenzminimums». Doch sie wächst; auf zwei offiziell erfasste Sozialhilfeempfänger dürften in Deutschland ein bis zwei Verdeckt-Arme fallen; die Schere zwischen Armutsgrenze und Durchschnitt öffnet sich weiter.

Reichtum wird hierzulande «in der Re-

gel nicht direkt und öffentlich vorgeführt». Der entsprechende Symbolisierungsaufwand wurde grösser, erschöpfte sich mit der Zeit. Davon ganz abgekoppelte Menschen jedoch können sich Vergleichen im Alltag nicht entziehen, hält Bohle fest, und «das selbst bei groben Schätzungen deutlich werdende krasse Ungleichheitsgefälle zwischen den Extremkategorien von Einkommen und Vermögen würde ein grösseres Spannungsungleichgewicht erzeugen, wenn es in vollem Umfang sichtbar wäre». Da ruht *Sprengstoff*. Die subjektive Zufriedenheit schwindet: «Gefühle der Sinnlosigkeit, Einsamkeit, Normlosigkeit, Machtlosigkeit und Entfremdung sind in der untersten Einkommensschicht weit häufiger verbreitet als in der obersten.»

Solidarität wird zum knappen Gut

Das mag wie eine Binsenweisheit tönen, verdient die genauere Betrachtung aber durchaus. Wenn dazu parallel soziale Einbindung und öffentliche Unterstützung schwächer werden, entsteht eine neue, schwer fassbare Dynamik: «Nicht auszuschliessen ist dabei, dass die Armut zwar kommt und geht, aber sich irgendwann einmal niederlässt und verfestigt.» Auch die Mehrheit der 70 Prozent vorerst Nie-Armen sieht sich gefährdet. Sie fängt an, so eine von Dahrendorf zitierte Formulierung, «Grenzen zu ziehen, die einige draussen in der Kälte lassen». Damit wird Solidarität unter Ausbreitung von Gefühlen des *Ausgeschlossenenseins* und der *Benachteiligung* «zu einem knappen Gut», die Integration immer prekärer. Die politische Reaktion auf solche Forschungsdiagnosen beweise erstaunliche Kurzsichtigkeit; eine moderne und reiche Gesellschaft jedoch, welche die Armutsproblematik nicht zu lösen imstande sei, schliesst Bohle seinen Text, «stellt sich selbst ein Armutszeugnis aus».

Im zweiten Band werden diesbezüglich auch Ansätze des *Kommunitarismus* debattiert. Sehr kritisch allerdings. Die «spezifische Vorbelastung des Gemeinschaftsbegriffs in Deutschland» sei einer der Gründe für die Skepsis, heisst es in der Schlussbi-

lanz. Zudem könnte das Suchen nach Identität und Sicherheit im Kleinen bei definitiv multikultureller Umgebung zur Produktion von *Feindbildern* beitragen und selbst zum Auslöser von gravierenden Konflikten werden. Vielleicht müsste ein «harmonistisches Verständnis von Gesellschaft» aufgegeben werden, statt Überwindung von Widersprüchen deren Zivilisierung das Ziel sein. Der heikle, stets neu auszulotende Konsens über die «Konfliktlösungslinien» bliebe das, was Gesellschaft verbindet.

Zivilisierung von Konflikten als Ziel

Ob diese Zivilisierung in der Krise gelingt? Anfällig für fremdenfeindliche Parolen, abgrenzenden Fundamentalismus, autoritäre Strukturen sind nicht nur eindeutige Verlierergruppen, sondern auch eine sich *bedroht fühlende Mitte*. Noch scheinen bei Befragungen fast drei Viertel «mindestens gegen soziale Ausgrenzungen eingestellt zu sein». Doch zeigten sich Risse im konservativen wie im modernen Lager. *Michael Vester*, der die sozialen und kulturellen Konsequenzen kapitalistischer Modernisierung mit der «Integrationsfähigkeit einer multikulturellen Gesellschaft» in Bezug setzt, sieht hier allerdings «keine Frage eines naturgesetzlichen Abrutschens in den Abgrund, sondern eine Frage des gesellschaftlichen und politischen Kampfes um soziale Sicherung, sozialen Ausgleich und soziale Kohäsion». Ausdrücklich verlangt er dazu auch eine erneuerte *keynesianische Wirtschaftsregulierung*.

Womit wir von den Büchern wieder zur *Tagespolitik* kommen, von den soziologischen Analysen zum nationalökonomischen Rezeptbuch von Strahm. Und wenn ich – die Formel von der Ethnisierung sozialer Konflikte im Hinterkopf – neben den oben zitierten SP-Anzeigen die perfekt dumpfen Hetzinserate der Zürcher SVP sehe, möchte ich einen Elmar Ledergerber fast schon wieder als kleineres Übel akzeptieren. Als er kürzlich aus wahrhaft gegebenem Anlass für Massnahmen des Bundes gegen Steuerflucht plädierte, kommentierte das die Gesellschaft zur Förderung der

schweizerischen Wirtschaft als Beweis, «dass die Linke entgegen ihren eigenen Beteuerungen die Mechanismen des Marktes immer noch nicht verstanden hat». Gefolgt vom eigenen Glaubensbekenntnis: «Der Wettbewerb verteilt knappe Güter weit effizienter als der Staat und mehrt dadurch das Gesamtwohl.»

Weiterlesen, weiterdenken...

Aber nein! Gegen diesen Geist kommt das kleinere Übel nicht an. Jede weitere Anpassung macht ihn stärker. Der schnelle, sich optimistisch gebende *Opportunismus*, selbst wenn er kurzfristig Erfolg hat, ist zu billig. Er enttäuscht die Enttäuschten bald wieder und schwächt jeden Willen zu wirklichem Wandel. Wer in anderer Richtung geht, muss wohl auf die einfache Antwort verzichten und sich der *Unsicherheit* stellen. Ein weiteres Buch sowie eine Buchreihe, in denen entsprechend offenes Weiterdenken dokumentiert ist, seien zum provisorischen Abschluss empfehlend erwähnt.

«Grenzen-los?» das eine, ein Tagungsprotokoll, welches exemplarisch die Breite und Tiefe der notwendigen Opposition gegen «Fort-Schritts-Dogmatik» zeigt. Höhepunkte sind darin Referate von *Hazel Henderson*, vom Präsidenten des Wuppertal Institut als «pragmatische Visionärin» eingeführt, *Riccardo Petrella* als Sprecher der «Gruppe von Lissabon» sowie *Victoria Tauli-Corpuz*, Vertreterin indigener Bevölkerungsgruppen aus den Philippinen. Ihre drei Titel müssen für den Inhalt stehen: «Leben jenseits des globalen ökonomischen Krieges», «Grenzen des Wettbewerbs», «Wirtschaftliche Expansion gefährdet Völker und Zivilisationen». Klar wird dabei, dass diese Auseinandersetzung immer auch konkretes Handeln verlangt.

Ulrich Beck, der sich vor Jahren mit einer Studie zur «Risikogesellschaft» als selbstdenkender Soziologe einen Namen machte, startete letzten Herbst mit den ersten Bänden der «Edition Zweite Moderne». Seine eigenen Texte wirken darin wie ein anregendes, manchmal auch aufregen-

des, zum Widerspruch reizendes Brainstorming über *Individualisierung in der Globalisierung*. Die verschränkten Komplexe werden von ihm als dynamische Prozesse ausgeleuchtet. Unfertig, aber nicht oberflächlich. Dazu kommen oft kontroverse Materialien, die andere und eigene Beurteilungen erlauben. «Kinder der Freiheit» ist als Titel des ersten Buches ohne Zynismus gesetzt. Nach dem Untergang der traditionellen Sicherheiten sind wir gezwungen, unsere Freiheit zu nutzen. Beck sieht sie als «das genaue Gegenteil der neoliberalen Marktvergötzung». Rechtlich sanktionierter Individualismus, verbunden mit Bindungen im öffentlichen Raum, könnte aus der Krise durchaus in eine demokratische Kultur führen, «wenn es gutgeht».

Die im Text erwähnten Bücher:

Anna Sax, Peter Haber, Daniel Wiener, Das Existenzmaximum. Grundlagen für eine zukunftsfähige Schweiz, hg. von Ökomedia und der Erklärung von Bern, Werd-Verlag, Zürich 1997, 168 Seiten, Fr. 29.80.

Zukunftsfähiges Deutschland. Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, hg. von BUND und Misereor, Verlag Birkhäuser, Basel 1996, 453 Seiten, Fr. 34.–.

Rudolf H. Strahm, Arbeit und Sozialstaat sind zu retten. Analysen und Grafiken zur schweizerischen Wirtschaft im Zeichen der Globalisierung, Werd-Verlag, Zürich 1997, 352 Seiten, Fr. 44.80.

Ist die Politik noch zu retten?, Standpunkte am Ende des 20. Jahrhunderts, hg. von Wolfgang Thierse, Aufbau-Verlag, Berlin 1996, 333 Seiten, Fr. 30.40.

Globale Trends 1998. Fakten, Analysen, Prognosen. Stiftung Entwicklung und Frieden. Herausgegeben von Ingomar Hauchler, Dirk Messner und Franz Nuscheler. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 1997, 474 Seiten, Fr. 23.–.

Der globale Marsch. Flucht und Migration als Weltproblem, hg. von Peter J. Opitz, Verlag Beck, München 1997, 345 Seiten, Fr. 22.–.

Was treibt die Gesellschaft auseinander?, Was hält die Gesellschaft zusammen?, Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft, Bände 1 und 2, hg. von Wilhelm Heitmeyer, Edition Suhrkamp 2004 und 2034, Frankfurt am Main 1997, 654 und 484 Seiten, je Fr. 23.–.

Grenzen-los?, hg. von Ernst Ulrich von Weizsäcker, Verlag Birkhäuser, Basel 1997, 405 Seiten, Fr. 52.–.

Kinder der Freiheit, hg. von Ulrich Beck, Edition Zweite Moderne, Verlag Suhrkamp, Frankfurt am Main 1997, 405 Seiten, Fr. 27.50. Zwei weitere Bände der Buchreihe liegen vor.